

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 30. November 2006

Aktive Arbeitsmarktpolitik verharrt auf hohem Niveau

Die Stiftung Marktwirtschaft verfolgt in regelmäßigen Abständen die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Denn die aktive Arbeitsmarktpolitik ist in der Vergangenheit immer wieder dazu missbraucht worden, die Arbeitsmarktentwicklung unrealistisch positiv darzustellen, weil Teilnehmer aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik herausfallen. Für November 2006 ergibt sich aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft das folgende Bild:

Gesamturteil:

Das im November kaum veränderte Niveau der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass traditionelle arbeitsmarktpolitische Instrumente wieder stärker an Bedeutung gewinnen. Angesichts des weitgehenden Stillstands bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der derzeit guten konjunkturellen Entwicklung gibt dies Anlass zur Sorge. Auch die gerade beschlossene Initiative 50plus der Bundesregierung setzt überwiegend auf traditionelle arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente wie Lohnkostenzuschüsse, die Förderung der beruflichen Weiterbildung oder Arbeitsgelegenheiten. Trotz gutgemeinter Intentionen läuft sie mit diesem Ansatz, der die eigentlichen Ursachen der Arbeitsmarktmisere weitgehend außer acht lässt und sich auf die Linderung von Symptomen beschränkt, Gefahr, vor allem Mitnahme-, Substitutions- und Drehtüreffekte zu generieren. Dem Arbeitsmarkt ist damit nicht geholfen.

Detailentwicklung im Vergleich zum Vormonat:

- Im November belief sich die Zahl der Arbeitslosen, die aufgrund arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Sonderregelungen nicht in der offiziellen Arbeitslosenzahl enthalten sind, nach vorläufigen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf rund 1.508.600*. Diese Zahl liegt nur geringfügig um 1.300 unter dem Vormonatswert. Im Vergleich mit November 2005 ergibt sich gleichwohl ein Anstieg um knapp 35.000 Personen. Hinter der konstanten Entwicklung des Gesamtniveaus der Statistikentlastung verbergen sich gegenläufige Entwicklungen bei einzelnen Instrumenten.
- Erhöht hat sich im November vor allem der Einsatz traditioneller arbeitsmarktpolitischer Instrumente, wie **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** (+ 1.323 auf 50.955), **Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Weiterbildung** (+ 3.938 auf 122.114) oder auch **Eingliederungszuschüsse** (+ 9.655 auf 112.777).
- Zurückgegangen ist hingegen die Zahl der geförderten Existenzgründungen. Wie bereits im Vormonat konnte der verstärkte Einsatz des vergleichsweise neuen **Gründungszuschusses** (+ 5.070 auf 22.585) den Rückgang bei den beiden auslaufenden Förderinstrumenten nicht ausgleichen: Die Anzahl der durch das **Überbrückungsgeld** Geförderten sank um 5.655 auf 48.033, die Zahl der geförderten **Ich-AGs (Existenzgründungszuschüsse)** um 7.205 auf 185.632.
- Ein deutlicher Rückgang zeigt sich auch bei den **Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen**, deren Zahl um 17.351 auf 58.233 abnahm.
- Ein Großteil der statistikwirksamen aktiven Arbeitsmarktpolitik entfällt inzwischen auf die sogenannten **Arbeitsgelegenheiten** nach § 16 SGB II – im Wesentlichen **Ein-Euro-Jobs**. Ihre Zahl lag – ohne Berücksichtigung der Optionskommunen – im November bei 312.945 (- 6.821). In den Optionskommunen gab es noch einmal 25.302 Arbeitsgelegenheiten.

* In dieser Gesamtzahl enthalten sind auch rund 43.200 Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Optionskommunen. Die nachfolgenden Angaben zu ausgewählten Instrumenten schließen hingegen die Förderinformationen für die zugelassenen kommunalen Träger (Optionskommunen) – sofern nicht explizit angegeben – nicht ein.

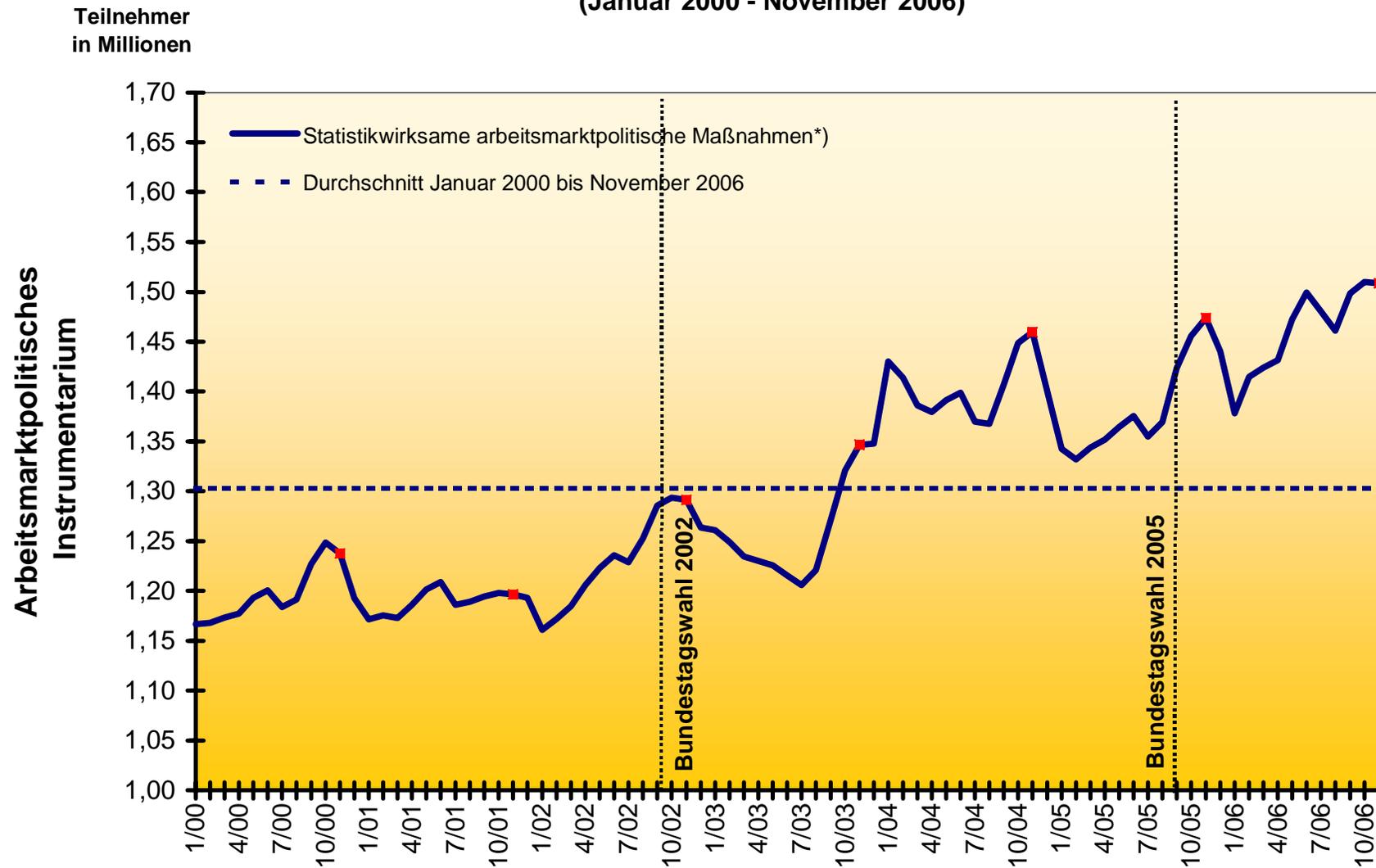
Ansprechpartner:

Dr. Guido Raddatz
Tel.: (030) 20 60 57 – 32
Email: raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de

Vorstand:

Prof. Dr. Michael Eilfort	Charlottenstraße 60	Telefon: +49 (0)30 206057-0	E-Mail: info@stiftung-marktwirtschaft.de
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen	D-10117 Berlin	Telefax: +49 (0)30 206057-57	Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Statistikwirksame aktive Arbeitsmarktpolitik (Januar 2000 - November 2006)



*) Eine detaillierte Auflistung der enthaltenen Instrumente kann der folgenden Seite entnommen werden. Ab Januar 2004 inklusive Trainingsmaßnahmen.
Für die drei aktuellen Monate liegen größtenteils nur vorläufige Werte vor.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen und Schätzungen.

Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Januar 2000 – November 2006)

Monat	Arbeitsmarkt- politisches Instrumentarium*	Monat	Arbeitsmarkt- politisches Instrumentarium*	Monat	Arbeitsmarkt- politisches Instrumentarium*
Jan 00	1.166.419	Mai 02	1.222.717	Sep 04	1.406.456
Feb 00	1.168.125	Jun 02	1.235.686	Okt 04	1.448.608
Mrz 00	1.173.141	Jul 02	1.228.846	Nov 04	1.459.415
Apr 00	1.177.120	Aug 02	1.252.822	Dez 04	1.400.200
Mai 00	1.193.143	Sep 02	1.285.402	Jan 05	1.342.721
Jun 00	1.200.596	Okt 02	1.293.729	Feb 05	1.331.723
Jul 00	1.183.934	Nov 02	1.291.330	Mrz 05	1.344.039
Aug 00	1.191.033	Dez 02	1.263.437	Apr 05	1.351.616
Sep 00	1.226.840	Jan 03	1.260.802	Mai 05	1.364.330
Okt 00	1.248.472	Feb 03	1.248.979	Jun 05	1.375.397
Nov 00	1.237.759	Mrz 03	1.234.482	Jul 05	1.354.847
Dez 00	1.192.566	Apr 03	1.229.854	Aug 05	1.369.281
Jan 01	1.171.318	Mai 03	1.225.431	Sep 05	1.423.491
Feb 01	1.175.218	Jun 03	1.215.600	Okt 05	1.455.851
Mrz 01	1.172.510	Jul 03	1.206.011	Nov 05	1.473.757
Apr 01	1.186.093	Aug 03	1.220.886	Dez 05	1.440.479
Mai 01	1.201.524	Sep 03	1.270.970	Jan 06	1.378.277
Jun 01	1.208.989	Okt 03	1.320.868	Feb 06	1.414.898
Jul 01	1.186.198	Nov 03	1.346.487	Mrz 06	1.423.890
Aug 01	1.189.111	Dez 03	1.347.945	Apr 06	1.431.312
Sep 01	1.194.415	Jan 04	1.430.225	Mai 06	1.472.272
Okt 01	1.198.060	Feb 04	1.413.806	Jun 06	1.499.131
Nov 01	1.196.702	Mrz 04	1.385.849	Jul 06	1.480.207
Dez 01	1.193.012	Apr 04	1.379.528	Aug 06	1.460.962
Jan 02	1.160.861	Mai 04	1.391.408	Sep 06	1.498.428
Feb 02	1.171.780	Jun 04	1.398.707	Okt 06	1.509.913
Mrz 02	1.184.726	Jul 04	1.369.812	Nov 06	1.508.605
Apr 02	1.205.623	Aug 04	1.367.752		

* **Beschäftigung schaffende Maßnahmen** (ABM, trad. SAM, Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen), **Maßnahmen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung** (direkte Hilfen wie Eingliederungszuschüsse, Einstellungszuschüsse, Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschüsse u.a.), **Vorruhestandsregelungen** (Altersteilzeit, nicht arbeitslose ältere Leistungsempfänger gem. § 428 SGB III), **Bildungsmaßnahmen** (berufliche Weiterbildung in Vollzeitmaßnahmen, berufliche Wiedereingliederung Behinderter, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen – seit Januar 2004, Deutsch-Sprachlehrgänge), **Personal-Service-Agenturen**, Relevante Elemente **des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** (berufliche Qualifizierung, Qualifikations-ABM, Lohnkostenzuschuss), Sonderprogramm zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung (**Jump-Plus**), Sonderprogramm **Arbeit für Langzeitarbeitslose**.
Arbeitsgelegenheiten nach SGB II (v.a. Ein-Euro-Jobs) sowie Bestandszahlen für die im Rahmen der BA-Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“ geförderten **Zusatzjobs** (Ein-Euro-Jobs) und **Sprachkurse, Einstiegsgeld**.
Inklusive **arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den Optionskommunen** (seit Februar 2006).

Aufgrund statistischer Umstellungs- und Erfassungsprobleme im Zuge des Inkrafttretens von Hartz IV sind aktuelle Werte jeweils als vorläufig und tendenziell zu niedrig einzustufen. Änderungen im Vergleich zu früheren Auswertungen beruhen auf verzögerten Datenkorrekturen oder veränderten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit. Aufgrund statistischer Datenrevisionen durch die Bundesagentur für Arbeit kann die Vergleichbarkeit der aktuellen Monatsdaten mit denen früherer Jahre daher eingeschränkt sein. In Einzelfällen kann es sein, dass die jüngsten BA-Revisionen älterer Daten noch nicht vollständig berücksichtigt sind.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Nicht berücksichtigt werden diejenigen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die sich für eine wahltaktische Beeinflussung der Arbeitslosenstatistik nicht eignen. Das sind vor allem die freie Förderung nach § 10 SGB III sowie das Kurzarbeitergeld.